

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>23</b>
<b>Kapitel 1 Fremdeinflüsse auf die tarifliche Willensbildung in der Praxis</b>	<b>25</b>
§ 1 Ein empirischer Überblick . . . . .	25
A. Fremdeinflüsse aus den eigenen Reihen . . . . .	25
B. Fremdeinflüsse des sozialen Gegenspielers . . . . .	26
C. Fremdeinflüsse durch den Betriebsrat . . . . .	27
D. Fremdeinflüsse durch den Staat . . . . .	29
I. Der Staat als Arbeitskampfgegner . . . . .	29
II. Staatliche Eingriffe mit Hilfe von Tariftreueregelungen und Mindestlohngesetzgebung . . . . .	29
§ 2 Gang der Untersuchung . . . . .	30
<b>Kapitel 2 Die Koalitionsfreiheit nach Art. 9 Abs. 3 GG</b>	<b>33</b>
§ 1 Die Gewährleistung des Art. 9 Abs. 3 GG . . . . .	33
A. Die Koalition i. S. v. Art. 9 Abs. 3 GG . . . . .	34
I. Die Vereinigung als Grundform der Koalition . . . . .	34
II. Die Koalition und der Koalitionszweck . . . . .	35
B. Der Schutzbereich der Koalitionsfreiheit . . . . .	37
C. Die mitgliedschaftliche Legitimation der Koalitionen . . . . .	38
§ 2 Die Unabhängigkeit der Koalition . . . . .	39

A.	Die Abgrenzung zwischen Art. 9 Abs. 3 GG und § 2 Abs. 1 TVG . . . . .	39
B.	Die Unabhängigkeit als notwendige Koalitionsvoraussetzung . . . . .	41
C.	Die Voraussetzungen der Unabhängigkeit . . . . .	43
I.	Das Prinzip der relativen Gegnerunabhängigkeit . . . . .	43
II.	Die personelle, finanzielle und organisatorische Unabhängigkeit . . . . .	45
1.	Personelle Unabhängigkeit . . . . .	45
2.	Finanzielle Unabhängigkeit . . . . .	46
3.	Organisatorische Unabhängigkeit . . . . .	47
III.	Die staatliche Neutralität . . . . .	48
IV.	Die Unabhängigkeit von Kirche und politischen Parteien . . . . .	50
§ 3	Die Tarifautonomie als Bestandteil der Koalitionsfreiheit . . . . .	51
A.	Die Garantie des Tarifvertragssystems . . . . .	52
B.	Die Normsetzungsprärogative und die subsidiäre Regelungszuständigkeit des Staates . . . . .	53
I.	Die Normsetzungsprärogative . . . . .	53
II.	Die subsidiäre Regelungszuständigkeit des Staates . . . . .	55
III.	Rechtsprechung und öffentliches Ordnungsrecht . . . . .	57
C.	Die Richtigkeitsvermutung . . . . .	58
D.	Die Tarifautonomie als öffentliche Aufgabe . . . . .	60
<b>Kapitel 3</b>	<b>Die tarifpolitische Willensbildung</b>	<b>63</b>
§ 1	Die Organisationsstruktur der Koalitionen . . . . .	63
A.	Der Verein als Rechtsform der Koalitionen . . . . .	64
B.	Die vereinsrechtlichen Organisationsgrundsätze . . . . .	65
I.	Die Vereinssatzung . . . . .	66
II.	Die notwendigen Vereinsorgane . . . . .	66
1.	Die Mitgliederversammlung . . . . .	67
2.	Der Vorstand . . . . .	67

III.	Die fakultativen Vereinsorgane . . . . .	68
1.	Der geschäftsführende und der erweiterte Vorstand . . . . .	69
2.	Die Delegiertenversammlung . . . . .	69
IV.	Die Selbst- und Fremdorganschaft . . . . .	71
C.	Der organisatorische Aufbau der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände . . . . .	71
I.	Der organisatorische Aufbau der Gewerkschaften . . . . .	72
1.	Der Funktionärsverband als Ausgangspunkt . . . . .	72
2.	Der funktionale Aufbau der Gewerkschaften . . . . .	73
3.	Der regionale Aufbau der Gewerkschaften . . . . .	75
II.	Der organisatorische Aufbau der Arbeitgeberverbände . . . . .	75
III.	Die Organe der tariflichen Willensbildung . . . . .	77
IV.	Tarifkommission und Vorstand als Ziel des Fremdeinflusses . . . . .	80
§ 2	Die Stufen der tariflichen Willensbildung . . . . .	81
A.	Die Planungsphase . . . . .	82
B.	Die Verhandlungsphase . . . . .	83
C.	Die Abschlussphase . . . . .	85
§ 3	Das zulässige Maß an Fremdbestimmung . . . . .	85
<b>Kapitel 4 Die abstrakten Rechtsfolgen</b>		89
§ 1	Die Rechtsfolgen bei gefährdeter oder fehlender Unabhängigkeit . . . . .	90
A.	Die gefährdete Unabhängigkeit . . . . .	90
B.	Der Verlust der Unabhängigkeit . . . . .	91
C.	Mögliche Alternativen zum Verlust der Koalitionseigenschaft . . . . .	93
I.	Differenzierung nach der Ursache oder dem Grad der Abhängigkeit . . . . .	93
II.	Satzungsänderungen und gerichtliche Satzungskontrolle . . . . .	94
1.	Die Satzungsänderung . . . . .	94
2.	Die gerichtliche Inhaltskontrolle . . . . .	96

a)	Das Verfahren nach § 97 Abs. 1 ArbGG . . . . .	96
b)	Die Kontrolle einzelner Satzungsbestimmungen . . . . .	96
c)	Die Kontrolle einzelner Tarifvertragsbestimmungen . . . . .	97
III.	Die Rechtsfigur der relativen Tariffähigkeit . . . . .	98
D.	Die Auswirkungen auf bestehende Tarifverträge . . . . .	100
I.	Das Fehlen der Unabhängigkeit bei Abschluss des Tarifvertrages . . . . .	100
II.	Die Auslegung und die Umdeutung eines nichtigen Tarifvertrages . . . . .	101
III.	Der Eintritt der Abhängigkeit nach Abschluss des Tarifvertrages . . . . .	102
1.	Die Beendigung des Tarifvertrages . . . . .	106
2.	Die Rückabwicklung eines unwirksamen Tarifvertrages . . . . .	108
3.	Zusammenfassung der Auswirkungen . . . . .	110
§ 2	Das Sonderproblem der Unabhängigkeit des einzelnen Arbeitgebers . . . . .	110
A.	Die gesetzgeberische Entscheidung des § 2 Abs. 1 TVG . . . . .	111
B.	Die Tariffähigkeit und die Gesamtzusage als „Alternative“ zum Verlust der Tariffähigkeit . . . . .	111
§ 3	Der Verlust der Koalitionseigenschaft als Rechtsfolge . . . . .	115
<b>Kapitel 5 Einzelne Fremdeinflüsse und ihre Auswirkungen</b>		117
§ 1	Fremdeinflüsse aus den eigenen Reihen . . . . .	117
A.	Gewerkschaftspluralität und Doppelmitgliedschaften . . . . .	118
I.	Gewerkschaftspluralität und Gewerkschaftskonkurrenz . . . . .	118
1.	Die aktuelle Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts und ihre Folgen	118
2.	Gewerkschaftskonkurrenz als zulässiger Fremdeinfluss . . . . .	120
II.	Doppelmitgliedschaften . . . . .	121
B.	Tarifgemeinschaft, Tarifkoordination und wirtschaftliche Zusammenschlüsse	124
I.	Die Tarifpolitische Letztverantwortung und das Selbstbindungsverbot . . . . .	124
1.	Die tarifpolitische Letztverantwortung der Tarifpartei . . . . .	124
2.	Die Grundsätze der Stellvertretung . . . . .	125

II.	<b>Die Abgrenzung von Tarifgemeinschaft und Spitzenorganisation . . . . .</b>	127
1.	<b>Die Tarifgemeinschaft und die Tarifkooperation . . . . .</b>	127
2.	<b>Die Tarifkoordination im Spitzenverband . . . . .</b>	128
III.	<b>Fremdbestimmung durch den Spitzenverband . . . . .</b>	129
IV.	<b>Wirtschaftlicher Druck innerhalb des Arbeitgeberverbandes . . . . .</b>	131
V.	<b>Die Konzernmutter als Ausgangspunkt des Fremdeinflusses . . . . .</b>	133
1.	<b>Die Rechtsfigur des Konzerns . . . . .</b>	133
2.	<b>Das Fehlen eines Konzertarifvertrages und die Folgen . . . . .</b>	134
3.	<b>Unzulässiger Fremdeinfluss der Konzernobergesellschaft? . . . . .</b>	136
C.	<b>Gewerkschaften als Arbeitgeber und in Arbeitgeberverbänden . . . . .</b>	137
I.	<b>Ver.di als Gewerkschaft der Gewerkschaftsarbeitnehmer . . . . .</b>	138
II.	<b>Die grundsätzliche Gegnerunabhängigkeit ver.dis . . . . .</b>	139
III.	<b>Ver.di als Ziel von Fremdeinflüssen . . . . .</b>	140
1.	<b>Fremdeinflüsse durch den DGB . . . . .</b>	140
a)	<b>Indizien gegen einen Fremdeinfluss . . . . .</b>	140
b)	<b>Indizien für einen Fremdeinfluss . . . . .</b>	141
2.	<b>Fremdeinflüsse anderer DGB-Gewerkschaften . . . . .</b>	143
3.	<b>Die Unabhängigkeit gegenüber gewerkschaftlichen Unternehmen . . . . .</b>	143
a)	<b>Die gewerkschaftlichen Tendenzunternehmen . . . . .</b>	144
b)	<b>Die gewerkschaftliche Gemeinwirtschaft . . . . .</b>	144
IV.	<b>Gewerkschaften in Arbeitgeberverbänden . . . . .</b>	145
V.	<b>Der VGB als Alternative zu ver.di . . . . .</b>	147
VI.	<b>Die Rechtsfolge des unzulässigen Fremdeinflusses . . . . .</b>	148
D.	<b>Die OT-Mitgliedschaft und der Statuswechsel im Arbeitgeberverband . . . . .</b>	149
I.	<b>Die grundsätzliche Zulässigkeit der OT-Mitgliedschaft . . . . .</b>	150
1.	<b>Die Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der Mitgliedschaftsform . . . . .</b>	150
2.	<b>Die Abgrenzung zur Gast- und Fördermitgliedschaft . . . . .</b>	151

3.	Keine Paritätsstörung durch die OT-Mitgliedschaft . . . . .	152
4.	Die OT-Mitgliedschaft als Ausfluss der Verbandsautonomie . . . . .	152
II.	Der Einfluss auf die tarifliche Willensbildung durch die OT-Mitgliedschaft	153
1.	Die Mitwirkung an der innerverbandlichen Tarifpolitik . . . . .	154
2.	Unterstützung der OT-Mitglieder durch den Verband . . . . .	155
3.	Die Beschränkung der Mitgliedschaftsrechte . . . . .	156
III.	Der Einfluss auf die tarifliche Willensbildung durch den Statuswechsel . .	158
1.	Der unzulässige Fremdeinfluss hinsichtlich des sozialen Gegenspielers .	158
2.	Die Bindung an den Tarifvertrag . . . . .	160
§ 2	Fremdeinflüsse durch den sozialen Gegenspieler . . . . .	161
A.	Die notwendige und zulässige Zusammenarbeit der sozialen Gegenspieler .	161
I.	Die kooperative Zusammenarbeit der Tarifvertragsparteien . . . . .	162
II.	Die Zusammenarbeit aufgrund gesetzlicher Regelungen, Tarifverträgen und freiwilliger Absprachen . . . . .	163
B.	Der leitende Angestellte als Gewerkschaftsmitglied . . . . .	165
I.	Der leitende Angestellte als Arbeitnehmer im kollektivrechtlichen Sinn .	165
II.	Die leitenden Angestellten und ein möglicher Fremdeinfluss . . . . .	167
1.	Kein Fremdeinfluss auf tarifliche Willensbildung des Arbeitgebers .	169
2.	Koalitionen leitender Angestellter . . . . .	169
3.	Gemischte Koalitionen . . . . .	170
III.	Kein Fremdeinfluss durch leitende Angestellte . . . . .	172
C.	Fremdeinflüsse durch den sozialen Gegenspieler auf Unternehmensebene .	172
I.	Die Bedeutung der Unternehmensmitbestimmung für die tarifliche Willensbildung . . . . .	174
1.	Die Unternehmensmitbestimmung im arbeitsrechtlichen Schrifttum .	176
2.	Der Zweck der Unternehmensmitbestimmung . . . . .	178
II.	Die Zulässigkeit des Fremdeinflusses . . . . .	181

I.	Intensität der Mitbestimmung und Gewerkschaftseinfluss . . . . .	182
2.	Die Rechtsstellung des Aufsichtsratsmitgliedes . . . . .	183
3.	Arbeitsdirektor und Vorstand . . . . .	184
a)	Die Rechtsstellung des Arbeitsdirektors . . . . .	184
b)	Der Arbeitsdirektor in der Praxis . . . . .	187
4.	Das Mitbestimmungsurteil des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	188
III.	Die Verhinderung eines Fremdeinflusses . . . . .	191
1.	Das Erlöschen oder Ruhen des Mandats . . . . .	192
2.	Der Ausschluss des Teilnahme- und Stimmrechts . . . . .	193
a)	Die analoge Anwendung von § 181 BGB, § 136 Abs. 1 AktG und die Gesamtanalogie . . . . .	195
b)	Der Stimmrechtsausschluss analog § 34 BGB . . . . .	197
c)	Der Teilnahmerechtsausschluss analog § 34 BGB . . . . .	200
3.	Der Arbeitsdirektor als Unternehmensvertreter im Vorstand des Arbeitgeberverbandes . . . . .	202
4.	Keine Beschränkungen der Gewerkschaftstätigkeit . . . . .	202
IV.	Die notwendigen Einschränkungen . . . . .	203
V.	Arbeitnehmer und Gewerkschaften in Gesellschafterstellung . . . . .	204
D.	Der Unterstützungsstreik als Fremdeinfluss auf die tarifliche Willensbildung .	206
I.	Der Arbeitskampf als Bestandteil der tariflichen Willensbildung und Fremdeinfluss . . . . .	206
II.	Der Unterstützungsstreik als Sonderform des Streiks . . . . .	208
1.	Die grundsätzliche Zulässigkeit des Unterstützungsstreiks nach dem Bundesarbeitsgericht . . . . .	208
2.	Die Differenzierung nach der Arbeitskampfkonstellation . . . . .	210
III.	Der Unterstützungsstreik als unzulässiger Fremdeinfluss . . . . .	210

1.	Der Streik gegen einen tariffremden Arbeitgeber oder Arbeitgeberverband und der Streik einer Drittgewerkschaft gegen die Tarifpartei auf der anderen Seite . . . . .	211
2.	Der Streik gegen denselben Arbeitgeber oder Arbeitgeberverband . . . . .	213
IV.	Ausnahmen des zulässigen „Unterstützungsstreiks“? . . . . .	214
1.	Keine Rechtfertigung des Unterstützungsstreiks zur Sicherstellung der Kampfparität . . . . .	214
2.	Unterstützungsstreik bei wirtschaftlicher oder personeller Verflechtung .	216
3.	Die Verletzung der Neutralität im Hauptarbeitskampf . . . . .	219
V.	Die Unzulässigkeit des Unterstützungsstreiks . . . . .	220
§ 3	Fremdeinflüsse durch den Betriebsrat . . . . .	220
A.	Die duale Struktur der Interessenvertretung . . . . .	221
I.	Die duale Struktur nach dem Gesetz . . . . .	221
II.	Die duale Struktur in der Praxis . . . . .	223
B.	Das Verhältnis zwischen Betriebsrat, Arbeitgeber und Gewerkschaft nach dem Betriebsverfassungsgesetz . . . . .	227
I.	§ 2 Abs. 1 BetrVG als Grundnorm der Kooperation . . . . .	227
1.	Die Zusammenarbeit des Arbeitgebers und des Betriebsrates . . . . .	227
2.	Das Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Koalitionen .	228
II.	Das Verhältnis von Gewerkschaft, Betriebsrat und Arbeitgeber . . . . .	229
1.	Die Gewerkschaftsbefugnisse nach der Betriebsverfassung . . . . .	229
2.	Die Neutralität des Betriebsrates im Arbeitskampf . . . . .	231
a)	Der Grundsatz der Neutralität . . . . .	231
b)	Die Einschränkung der Beteiligungsrechte . . . . .	232
3.	Das Verbot der Beeinträchtigung des Arbeitsablaufs, des Betriebsfriedens und der parteipolitischen Betätigung . . . . .	235
4.	Die Gewerkschaftsbetätigung von betriebsverfassungsrechtlichen Funktionsträgern . . . . .	236

---

5.	<b>Der Grundsatz von Recht und Billigkeit und das Diskriminierungsverbot</b>	237
6.	<b>Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute als Teil des Betriebes . . . . .</b>	238
a)	<b>Die Rechtsstellung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute . . . . .</b>	238
b)	<b>Die praktische Bedeutung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute . . . . .</b>	239
c)	<b>Kein Fremdeinfluss durch gewerkschaftliche Vertrauensleute . . . . .</b>	240
C.	<b>Der „Betriebsratsfürst“ als Ausgangspunkt des Fremdeinflusses . . . . .</b>	241
I.	<b>Das Selbstverständnis der Betriebsratsmitglieder . . . . .</b>	241
II.	<b>Betriebsegoismus . . . . .</b>	243
III.	<b>Betriebliches Co-Management . . . . .</b>	245
IV.	<b>Der Fremdeinfluss auf die tarifliche Willensbildung und die Rechtsfolgen .</b>	247
1.	<b>Die Unzulässigkeit der Einflussnahme . . . . .</b>	248
2.	<b>Mögliche Rechtsfolgen . . . . .</b>	249
D.	<b>Das „Ehrenamt“ des Betriebsratsmitgliedes und eine damit verbundene Einflussnahme . . . . .</b>	252
I.	<b>Der Grundsatz des § 37 Abs. I BetrVG . . . . .</b>	252
II.	<b>Die Umsetzung des § 37 Abs. 1 BetrVG in der Praxis . . . . .</b>	254
III.	<b>Mögliche Fremdeinflüsse durch die Betriebsratsvergütung . . . . .</b>	255
1.	<b>Mittelbare Leistungen an die Gewerkschaften . . . . .</b>	255
2.	<b>Die Betriebsratsvergütung . . . . .</b>	256
E.	<b>Koppelungsgeschäfte . . . . .</b>	258
I.	<b>Koppelungsgeschäfte im Rahmen der Betriebsverfassung . . . . .</b>	259
II.	<b>Tarifliche und arbeitskampfrechtliche Koppelungsforderungen . . . . .</b>	260
1.	<b>Tarifliche Forderungen . . . . .</b>	261
2.	<b>Arbeitskampfrechtliche Forderungen . . . . .</b>	264
III.	<b>Koppelungsgeschäfte im Rahmen von Tarifverhandlungen . . . . .</b>	265
IV.	<b>Rechtsfolgen . . . . .</b>	266
1.	<b>Die Theorie der Wirksamkeitsvoraussetzung als Problem . . . . .</b>	266

2.	Mögliche Alternativen . . . . .	267
a)	Die Vorsorge durch den Arbeitgeber . . . . .	267
b)	Betriebsverfassungsrechtliche und strafrechtliche Sanktionen sowie Schadensersatzansprüche . . . . .	267
c)	§ 123 Abs. 1 Alt. 2, § 142 Abs. 1 BGB und § 158 Abs. 1, § 162 BGB .	269
3.	Das Alleinentscheidungsrecht des Arbeitgebers als sachgerechte Lösung	270
§ 4	Fremdeinflüsse durch den Staat . . . . .	273
A.	Keine Fremdeinflüsse durch Staatskonkurrenz . . . . .	273
B.	Der staatliche Einfluss auf die Innungen . . . . .	275
C.	Die konzertierte Aktion und das Bündnis für Arbeit . . . . .	276
I.	Die Abgrenzung zum „Betrieblichen Bündnis für Arbeit“ . . . . .	276
II.	Sinn und Zweck der konzertierten Aktion nach § 3 StabG . . . . .	278
III.	Das Bündnis für Arbeit . . . . .	279
IV.	Der Fremdeinfluss auf die tarifliche Willensbildung . . . . .	280
1.	Unverbindliche Bündnisabsprachen . . . . .	282
2.	Informelle Einflussnahme . . . . .	284
3.	Verbindliche Bündnisabsprachen . . . . .	286
V.	Der zulässige Fremdeinfluss auf die tarifliche Willensbildung . . . . .	287
VI.	Der Dialog zwischen den Sozialpartnern auf europäischer Ebene . . . . .	287
D.	Die mittelbare Lenkung der tariflichen Willensbildung . . . . .	288
I.	Grundlagen der mittelbaren Verwaltung . . . . .	289
1.	Unterscheidung zwischen staatlichem und sonstigem Wirkungsbereich .	289
2.	Die „Mittelbarkeit“ des Verwaltungsvollzugs . . . . .	290
3.	Die Verwaltung individueller Willensbildung . . . . .	291
II.	Die Grenzen einer mittelbaren Verwaltung und die Betroffenheit . . . . .	292
1.	Die Grenzen einer mittelbaren Verwaltung . . . . .	292
2.	Die Betroffenheit im Rahmen von Art. 9 Abs. 1 GG und Art. 3 GG .	293

---

<b>III.</b>	<b>Beispiele mittelbarer Lenkung und deren rechtliche Zulässigkeit . . . . .</b>	<b>294</b>
1.	Die Marktmacht des Staates . . . . .	294
a)	Die Finanzmacht des Staates . . . . .	294
b)	Der Staat als Arbeitgeber . . . . .	297
c)	Die Ruhrkohle AG als Beispiel für mittelbare Verwaltung . . . . .	298
2.	Verwalten durch geistigen Einfluss und sprachliche Einwirkung . . . . .	299
3.	Öffentliche Äußerungen von Staatsvertretern, die öffentliche Meinung und die Massenmedien . . . . .	301
<b>IV.</b>	<b>Die Zulässigkeit mittelbarer staatlicher Verwaltung . . . . .</b>	<b>303</b>
E.	Staatliche Neutralität im Arbeitskampf . . . . .	303
I.	Die staatliche Neutralität als Voraussetzung der Kampfparität . . . . .	304
II.	Die Differenzierung zwischen fördernder und passiver Neutralität . . . . .	305
III.	Die Neutralität im konkreten Arbeitskampf . . . . .	306
1.	Der bestreikte Staat . . . . .	306
a)	Die Doppelrolle des Staates . . . . .	307
b)	Die staatliche Neutralität in Notsituationen . . . . .	308
2.	Die Neutralität der Bundesagentur für Arbeit . . . . .	309
a)	Der Arbeitskampf in der Metallindustrie 1984 . . . . .	310
b)	Der Fremdeinfluss auf die tarifliche Willensbildung . . . . .	310
c)	Der Partizipationsgedanke als Rechtfertigung des Fremdeinflusses .	313
<b>Kapitel 6 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse</b>		<b>315</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>		<b>327</b>